

AUFTAKT

Von 40 auf 100 Franken?

ERHÖHUNG Wenig überzeugend: Der Fachverband Infra schlägt eine signifikante Verteuerung der Vignette vor.



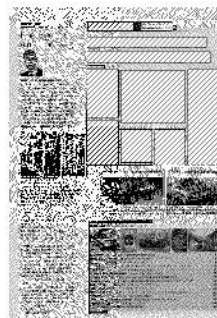
Fakt ist: Für die grossen Strassenbauvorhaben auf den Nationalstrassen wird das Geld immer knapper.

RAOUL STUDER

Nein, es war kein Aprilscherz, auch wenn er am 1. April bekannt wurde. Der Fachverband Infra, die Organisation der Schweizer Infrastrukturbauer mit rund 250 Mitgliederfirmen, schlägt die Erhöhung der Vignette von heute 40 auf 100 Franken vor. Diesen Vorschlag hat er in seiner Vernehmlassungsantwort über den Bundesbeschluss zur Beseitigung von Engpässen im Nationalstrassennetz eingebracht. Die Vernehmlassung dauert bis 17. April 2009.

ZU WENIG GELD Tatsächlich reichen die vorgesehenen 5,5 Mia Franken für den Spurausbau der Nordumfahrung Zürich, der A1-Strecken Lausanne-Genf sowie Härkingen-Wiggertal nirgends hin. Ab 2012 dürfte die Liquidität am Anschlag sein. Deshalb müssen nach Ansicht der Infra für die Beseitigung von Engpässen im Nationalstrassennetz sobald als möglich mehr Mittel her. Eine Erhöhung von 40 auf 100 Franken hätte einen jährlichen Mehrertrag von 480 Mio. Franken zur Folge. Dass die Infra eine solche Heraufsetzung der Vignettengebühr nicht zuletzt auch im eigenen Interesse wünscht, versteht sich von selbst. Das Hemd ist einem bekanntlich näher als der Rock.

Doch der Vorschlag überzeugt nicht. Der Preisver-



gleich mit den umliegenden Ländern hinkt deshalb, weil in diesen Staaten das Finanzierungssystem anders ausgestaltet ist. Zudem ist fraglich, ob die EU-Staaten einen solchen Sprung auf einmal widerspruchslos hinnähmen. Kommt hinzu, dass aus der Strassenkasse jährlich 800 Mio Franken in den Infrastrukturfonds fliessen, aus welchem mehrheitlich Projekte des öffentlichen Verkehrs (ÖV) alimentiert werden. Ferner stammen 25 % der Neat-Gesamtkosten aus Strassengeldern. Dass daneben die leistungsabhängige Schwerkverkehrsabgabe (LSVA) die Neat-Kosten zu einem grossen Teil trägt, sei nur am Rande vermerkt.

Schliesslich ist aus grünen Kreisen die Initiative «Für den öffentlichen Verkehr» unterwegs. Sie verlangt, dass künftig die Hälfte aller Mineralölsteuereinnahmen und nicht wie bisher ein Viertel für den ÖV reserviert sein sollen. Und jetzt soll laut Infra auch noch die Vignette verteuert werden, damit dann genug Geld für die Strassenbauvorhaben vorhanden ist? Das darf ja wohl nicht sein! Man muss sich das vorstellen: Zuerst den öffentlichen Verkehr mit Strassengeldern versorgen und dann für den Nachschub in eigener Sache gleich selbst besorgt sein. Dieser Vorschlag verdient nur ein Prädikat: nicht ganz hundert.